

**Sehr geehrter Herr Landrat, werte Kolleginnen, werte Kollegen, sehr geehrte Gäste,**

die Wirtschaftspläne der vergangenen Jahre wiesen allesamt Verluste aus: 2015: 943.000.- Euro Verlust, 2016: 155.800 Euro Verlust und in diesem Jahr voraussichtlich 753.000 Euro Verlust.

Eine Kurskorrektur angesichts der Verluste war unvermeidlich und durch die Korrekturen wird auf einen **Gewinn von 645.269 Euro in 2018 gehofft.**

Geplant sind zwei wesentliche Änderungen:

Erstens eine **Rekommunalisierung** und zweitens eine neue **Gebührenordnung mit deutlich geänderter Abholfrequenz.**

Die Rekommunalisierung bedingt eine Verdoppelung der Personalkosten des AWB; dies führt zu Kostensenkungen in einem Maße, dass die Kostenerhöhungen hoffentlich mehr als ausgeglichen werden.

Weiterhin sind erhebliche Investitionen zu tätigen, so wird der Umbau des Abfallwirtschaftszentrum (AWZ) mit voraussichtlich 8 Millionen Euro zu Buche schlagen.

Die neue Gebührensatzung reduziert die Gesamtzahl der Leerungen der Restmülltonne auf 13 Leerungen, wobei im Grundtarif nur noch 6 statt wie bisher 26 Leerungen enthalten sind.

Vor allem hierdurch erwartet die Verwaltung eine deutliche Steigerung der Gebühreneinnahmen von 10,9 Mio. in 2017 auf über 13 Mio. in 2018.

**Von einer Stabilität der Abfallgebühren trotz Systemumstellung kann man also keineswegs sprechen.**

Zudem ist festzustellen, dass Familien mit kleinen Kindern und pflegebedürftige Personen zwingend zusätzliche Tonnenkapazität, verbunden mit zusätzlichen Kosten (80 bis 100 Euro), benötigen, was ein erheblicher Schwachpunkt des Konzeptes ist.

Die SPD sieht selbstverständlich zugleich die Chancen, die das neue Konzept für die Verbesserung des Umweltschutzes bietet. Auch eine gewisse Beeinflussbarkeit der Müllgebühren durch Müllvermeidung und bessere Mülltrennung seitens der Bürger wird gesehen.

Die SPD Fraktion wird die Umstellungsphase und deren Auswirkungen kritisch begleiten. Aus diesem Grunde möchte ich abschließend nochmal aus einem Beschluss (auf unseren Antrag hin) der Kreistagssitzung im März 2017 zitieren:

**„Der Werksausschuss AWB soll jährlich über den Stand der Zielerreichung der Restabfallmengenreduzierung informiert werden.“**

Unsere Bitte an den AWB und die Verwaltung, mit einem ersten Bericht nicht bis zum Ende des Jahres 2018 zu warten. Wir wünschen uns eine erste Evaluation / eine erste Bewertung der Systemumstellung bereits unterjährig vorzunehmen und einen Zwischenbericht dem Ausschuss und ggf. auch dem Kreistag vorzulegen. Vielen Dank dafür!

Jetzt ist Geduld gefragt. Lasst uns abwarten, ob die Ziele, die mit dem Systemwechsel verfolgt werden (z. B. Halbierung des Restmülls), auch tatsächlich erreicht werden.

**Die SPD-Kreistagsfraktion stimmt dem Wirtschaftsplan 2018 zu.**

Abschließend danke ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des AWB unter Leitung von Herrn Hurtenbach und Herrn Müller sehr herzlich für ihre derzeit nicht einfache Arbeit.